

**STADT KARLSRUHE**  
**Stadtamt Durlach**

**Niederschrift Nr. 4/2017**

über die Sitzung des Ortschaftsrates Durlach

am: Mittwoch, 5. April 2017  
Beginn: 17:00 Uhr  
Ende: 18:45 Uhr

in Karlsruhe-Durlach, Rathaus, Bürgersaal.

-----  
**Vorsitzende:** Frau Ortsvorsteherin Alexandra Ries

**Zahl der anwesenden Ortschaftsräte:**

**CDU:** OR Griener, OR Scheuermann, OR Kehrlé, OR Müller,  
OR Mächtlinger, OR Böhler-Friess, OR Henkel

**B'90/Die Grünen:** OR Pötzsche, OR Dr. Puzicha-Martz, OR Özcay,  
OR Ralf Köster, OR Dr. Wagner

**SPD:** OR Dr. Rausch, OR Holstein, OR Pfalzgraf, OR Jörg Köster

**FDP:** OR Dr. Fink-Sontag, OR Malisius

**FW:** OR Stutz, OR Wenzel

**Es fehlten:**

**entschuldigt: OR Volz (SPD) und OR Maier (B'90/Die Grünen)**

**Schriftführerin:**

Anja Bormeth (StADu)

**Sonstige Verhandlungsteilnehmer:** Herr Laue (StADu), Frau Dr. Kaiser (KA),  
Frau Sick (HGW), Herr Rößler (StADu).

Die Einladung zu dieser Sitzung, datiert vom 23. März 2017, Zeit, Ort und Tagesordnung sind am 31. März 2017 in der Stadtzeitung der Stadt Karlsruhe ortsüblich bekanntgegeben worden.

#### 4. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 5. April 2017

##### Protokoll zu

##### TOP 1: Jährlicher Bericht über die Abteilung Jugend und Soziales - Vorlage -

Blatt 1

---

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** begrüßt die Anwesenden.

Sie tritt in die Tagesordnung ein und ruft **TOP 1** auf und begrüßt hierzu Herrn Laue (Leiter der Abteilung Jugend und Soziales im Stadtamt Durlach), der seine Abteilung dem Ortschaftsrat Durlach vorstellen wird.

**Herr Laue (Leiter der Abteilung Jugend und Soziales im Stadtamt Durlach)** begrüßt die Anwesenden und führt aus, dass der Jahresbericht 2016 der Abteilung Jugend und Soziales dem Ortschaftsrat bereits vorliegt.

Herr Laue stellt die Teamleitungen seiner Abteilung vor:

- Barbara Sütterlin (Sozialamt, außerdem seine Stellvertreterin)
- Carolin Kürz (Sozialer Dienst)
- Christine Fritscher (Adoption, Kindertageseinrichtungen)
- Simone Siegrist (Jugendamt/Wirtschaftliche Jugendhilfe)
- Karin Halama-Knüttel (Jugendamt/Wirtschaftliche Jugendhilfe).

Weiter gibt er folgende Kurzübersicht:

Die Abteilung Jugend und Soziales ist für ca. 54.000 Bürgerinnen und Bürger zuständig. Das Einzugsgebiet erstreckt sich über den Stadtkern von Durlach über Durlach-Aue, Wolfartsweier, die Höhenstadtteile Grünwettersbach, Hohenwettersbach, Palmbach, Stupferich und den Stadtteil Grötzingen sowie die Dornwaldsiedlung/Untermühlsiedlung (im Osten der Stadt).

Mit etwa 90 Mitarbeiter/innen ist die Abteilung Jugend und Soziales die größte Abteilung im Stadtamt Durlach.

Anhand des Organigramms der Abteilung stellt er die einzelnen Bereiche vor:

Das Team „Sozialer Dienst“ umfasst 26 Mitarbeiter/innen, Teamleiterin ist Carolin Kürz, ihr Stellvertreter Steffen Käfer. Aufgabe des Sozialen Dienstes ist u. a. die Jugendhilfe; ein weiteres großes Thema sind die unbegleiteten minderjährigen Ausländer (umA). Aktuell werden in Durlach 60 umAs bis zu ihrer Volljährigkeit betreut.

Ein weiterer Schwerpunkt des Sozialen Dienstes war im Berichtsjahr der personelle Wechsel, teilweise altersbedingt, teilweise der Lebensplanung der Kolleg/innen geschuldet (Wunsch nach verkürzter Arbeitszeit oder Jobwechsel).

#### 4. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 5. April 2017

##### Protokoll zu

##### TOP 1: Jährlicher Bericht über die Abteilung Jugend und Soziales - Vorlage -

Blatt 2

---

Bis vor kurzem waren im Sozialen Dienst alle Stellen besetzt. Aktuell sei die Stelle eines/einer Schulsozialarbeiter/in im Markgrafen-Gymnasium frei, da die Kollegin gekündigt hat. Hier ist man dabei, die Stelle neu zu besetzen. Bis das der Fall ist, wird ein Notfallplan erstellt, um die offene Stelle abzudecken.

Die Teamleitung „Jugendamt/Wirtschaftliche Jugendhilfe“ teilen sich Simone Siegrist und Karin Halama-Knüttel.

In diesem Bereich gibt es zum 01.07.2017 eine Gesetzesänderung, den Unterhaltsvorschuss betreffend. Eltern, die von dem anderen Elternteil keine finanzielle Unterstützung bekommen können, wurden bisher bis zum 12. Lebensjahr des Kindes unterstützt. Diese finanzielle Unterstützung wird nun bis zum 18. Lebensjahr gewährt.

Um das dadurch aufkommende Arbeitsvolumen abdecken zu können, wurde eine Personalaufstockung beantragt, die auch genehmigt wurde.

Die Entwicklung müsse abgewartet werden; evtl. müssen weitere Stellen aufgestockt werden.

Die „Kindertageseinrichtungen“ werden von Teamleiterin Christine Fritscher betreut.

Hier sei das gesamtstädtische Problem, dass man mit freien Plätzen unterbelegt sei. Bezüglich der Einrichtung „Lußstraße“ erklärt er, dass diese Einrichtung mittelfristig in die Bergwaldstraße, Ecke Erich-Heckel-Straße umziehen werde. Die Planungen für eine fünfgruppige laufe, so dass – im Gegensatz zur bisherigen Einrichtung in der Lußstraße – zwei Gruppen hinzukommen können. Ebenfalls eine fünfgruppige Kindertageseinrichtung sei in der Badener Straße 37 durch einen privaten Träger in Planung.

Auch in der Dornwaldsiedlung habe das Stadtamt Durlach eine eigene Einrichtung, die nach den Sommerferien 2016 mit einer komplett neuen Leitung und einem jungen Team neu besetzt wurde. Mit der Entwicklung sei man seither sehr zufrieden.

Generell haben die städtischen Kindertageseinrichtungen in Durlach einen sehr hohen Standard und seien qualitativ hochwertig ausgerüstet.

Das Team „Sozialamt“ führt Barbara Sütterlin als Teamleiterin an; ihr Stellvertreter ist Jan Schönhaar.

Wichtige Aufgaben sind hier unter anderem das Thema Grundsicherung, Hilfe in Einrichtungen und das Thema Altersarmut. Viele ältere Menschen brauchen Unterstützung, weil das Einkommen nur knapp über oder sogar unter dem Existenzminimum liegt.

**4. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 5. April 2017**

**Protokoll zu**

**TOP 1:        Jährlicher Bericht über die Abteilung Jugend und Soziales  
                 - Vorlage -**

**Blatt 3**

---

Vor 14 Tagen gab es in Grötzingen eine Bürgersprechstunde. Diese habe gezeigt, dass sich viele Menschen schämen, Fragen zu stellen oder über ihre Situation zu sprechen. Dies möchte man mit solchen Gesprächsrunden vermeiden und den Menschen Hilfe und Lösungen für ihre Sorgen und Ängste aufzeigen.

Nachdem er die Aufgabenbereiche der einzelnen Teams dargestellt hat, geht er auf seine eigenen Aufgaben ein und bedankt sich in diesem Zusammenhang bei seinen Teamleiterinnen, die ihm auf einem hohen Niveau und top Qualität Berichte, Vorlagen etc. erarbeiten und ihm seine Arbeit als Abteilungsleiter sehr erleichtern. Ein Dankeschön geht auch an das Sekretariat seiner Abteilung.

Außerdem geht er auf den guten Kontakt mit der Sozial- und Jugendbehörde (SJB) Karlsruhe ein. Hier sei man im ständigen Informationsaustausch und auch in allen Arbeitsgemeinschaften vertreten. Nach dem Amtsantritt war die neue Leiterin der SJB, Frau Langeneckert, bereits zweimal zu Gesprächen in Durlach und Durlach steht Karlsruhe bei der geplanten Umstrukturierung der SJB in verschiedenen Fachbereichen mit Rat und Tat zur Seite.

Abschließend dankt er Frau Ortsvorsteherin Ries und Herrn stv. Amtsleiter Rößler sowie dem gesamten Ortschaftsrat für die vertrauensvolle und freundschaftliche Zusammenarbeit.

**OR Dr. Wagner (B'90/Die Grünen-OR-Fraktion)** hat folgende Fragen:

- Zeigen sich die Väter bei dem Thema „Feststellung der Vaterschaft“ kooperativ? Wenn nein, wie geht das Team „Jugendamt/Wirtschaftliche Jugendhilfe“ dann vor?
- Thema „Unterhaltsvorschuss“: Wie ist hier die Zahlungsmoral der Väter. Wie geht man vor, wenn keine Zahlungen eingehen?
- Kommt es vor, dass unbegleitete minderjährige Ausländer (umAs) aufgenommen werden und dann untertauchen? Wenn ja, wie geht man damit um; werden diese umAs dann polizeilich gesucht?
- Seine Fraktion hat die „Durlacher Tafel“ besucht. Zu seinem großen Schrecken wird diese Einrichtung von vielen Menschen in Anspruch genommen. Woran liegt das? Reicht die Grundsicherung nicht aus oder werden Hilfen vom Staat nicht in Anspruch genommen?

**4. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 5. April 2017**

**Protokoll zu**

**TOP 1:       Jährlicher Bericht über die Abteilung Jugend und Soziales  
- Vorlage -**

**Blatt 4**

---

- Im Jahresbericht werde bezüglich Aktivierung der zunehmend alleine lebende Menschen auf die Mitwirkung und Begleitung, das Aufzeigen von Möglichkeiten zur aktiven Teilhabe am Gemeinwesen hingewiesen. Dies klingt für ihn sehr abstrakt und er bittet um Erläuterung.

- Wie viele Stellen Schulsozialarbeiter gibt es in Durlach an welcher Schule?

**Herr Laue (Abteilungsleiter Jugend und Soziales, Stadtamt Durlach)** erklärt, dass in Durlach alle Schulen eine 50 %-Stelle Schulsozialarbeit haben. Ausnahme sei die Pestalozzischule; hier gebe es eine 72 %-Stelle – dies allerdings aus anderen Gründen.

Zum Thema „Aktivierung“ erklärt er, dass ein Mitarbeiter des Sozialamtes zu den betroffenen Personen - nachdem diese zu einem Gespräch im Amt waren - nach Hause geht, um herauszufinden, welche Leistungen in Anspruch genommen werden können. Hintergrund sei auch, den sozialen Kontakt herzustellen bzw. aufrecht zu erhalten - z. B. über das Seniorenbüro - damit die sogenannte „Abwärtsspirale“ nicht losgetreten wird und die älteren Menschen so lange wie möglich eigenständig in ihrem Zuhause weiterleben können; dies auch in Kombination mit dem Sozialen Dienst.

Weiter führt er aus, dass bei der Grundsicherung eine deutliche Zunahme zu verzeichnen sei. Hintergrund sei, dass die Rente immer häufiger nicht mehr ausreicht.

Auch das Thema „Eingliederungshilfe“ habe großen Zuwachs bekommen. Ziel ist es hier, Kindern und Jugendlichen mit Handicap den Besuch des Kindergartens oder der Schule mit Hilfe einer Kindergarten- bzw. Schulbegleitung so normal wie möglich zu gestalten bzw. überhaupt erst zu ermöglichen.

Hinsichtlich der umAs führt er aus, dass es gelegentlich vorkomme, dass eine/r untertaucht. Hier unterscheiden sich umAs aber nicht von anderen Jugendlichen. Wenn dies passiere, werden die Jugendlichen polizeilich gesucht und - sobald sie aufgegriffen werden - finden Gespräche in den Einrichtungen und mit den zuständigen Sozialarbeitern statt. Bei umAs sei ein möglicher Hintergrund, dass sie Familienangehörige in anderen Bundesländern suchen. Außerdem spielen auch die auf der Flucht gemachten Erlebnisse eine große Rolle.

Man müsse diesen Jugendlichen den ganz klaren Hinweis geben, dass sich ihre Chance auf eine Bleibeerlaubnis verschlechtert, wenn sie abhauen.

Für Kinder, die von einem Elternteil keinen Unterhalt bekommen, tritt das Jugendamt in Vorleistung. Das Jugendamt erwirkt einen Titel in der Hoffnung, dass das Elternteil irgendwann das Geld zurückbezahlt. Mit dem erwirkten Titel sei es dann möglich, dieses Elternteil in Regress zu nehmen.

**4. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 5. April 2017**

**Protokoll zu**

**TOP 1:       Jährlicher Bericht über die Abteilung Jugend und Soziales  
- Vorlage -**

Die Frage nach der Feststellung der Vaterschaft und der Reaktion des Vaters beantwortet **Frau Siegrist (Teamleitung Jugendamt/Wirtschaftliche Jugendhilfe)** wie folgt: Die Mutter des Kindes könne über eine Beistandschaft die Vaterschaft feststellen lassen. Das Jugendamt schreibt den von der Mutter angegebenen Vater an und bittet um Kontaktaufnahme.

Der angegebene Vater habe die Möglichkeit, ein privates Gutachten erstellen zu lassen. In der Regel erkennt der Vater die Vaterschaft nach Vorliegen des Gutachtens (Vaterschaftstest) durch eine Urkunde beim Jugendamt an. Ist der Vater nicht bereit, einen privaten Vaterschaftstest zu machen oder die Vaterschaft anzuerkennen, geht der Fall vor das Gericht. Das Gericht bestellt die Mutter und den Vater ein und gibt einen Vaterschaftstest in Auftrag. Die Kosten hierfür sind deutlich höher, so dass die meisten Väter bereit sind, einen privaten Vaterschaftstest zu machen und die Vaterschaft anzuerkennen.

**OR Dr. Fink-Sontag (FDP-OR-Fraktion)** fragt nach, ob man für die vakante Stelle der Schulsozialarbeit im Markgrafen-Gymnasium im Rahmen der anstehenden Ausschreibung die Stellenanteile aufstocken könne.

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** erklärt, dass dies nicht möglich und die Ausschreibung nur für eine 50 %-Stelle möglich sei. Dies sei eine politische Entscheidung. Bisher werde bei der Stadt Karlsruhe gesagt, dass alle Schulen eine 50 %-Stelle für die Schulsozialarbeit haben. Eine Änderung sei dann möglich, wenn der Gemeinderat diese beschließe. Sie verdeutlicht die Ausführungen von Herrn Laue, der mit dem Wort „Aufstockung“ darlegen wollte, dass die Schulsozialarbeiterinnen der Durlacher Schulen ihre Arbeitszeiten zur Überbrückung der offenen Stelle am Markgrafen-Gymnasium vorübergehend aufstocken werden.

**OR Wenzel (Freiwillige Wähler-OR-Fraktion)** möchte wissen, ob es möglich sei, eine Vaterschaft abzuerkennen, wenn beispielsweise anhand der Blutgruppen festgestellt werde, dass die Vaterschaft ausgeschlossen ist.

Zu den umAs stelle sich ihm die Frage, anhand welcher Fakten deren Alter bzw. ob Jugendlicher oder nicht, festgestellt werde. Weiter spricht er das Thema „Betreuer“ an; hier möchte er wissen, ob es hierfür in Durlach eine Möglichkeit gebe, dass das Betreuungsgericht vor Ort sei.

**Frau Siegrist (Teamleitung Jugendamt/Wirtschaftliche Jugendhilfe)** führt aus, dass ein Mann, der Zweifel an seiner Vaterschaft hat - ab dem Zeitpunkt des Bekanntwerdens der Zweifel - zwei Jahre Zeit habe, die Vaterschaft über das Familiengericht anzufechten.

**4. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 5. April 2017**

**Protokoll zu**

**TOP 1:       Jährlicher Bericht über die Abteilung Jugend und Soziales  
              - Vorlage -**

**Blatt 6**

---

**Herr Laue (Abteilungsleiter Jugend und Soziales, Stadtamt Durlach)** erklärt, dass die umAs in der Landeserstaufnahmestelle von Mitarbeitern des Sozialen Dienstes anhand verschiedener Methoden in ein bestimmtes Alter eingestuft werden. Sollten hier Zweifel bestehen, könne eine medizinische Untersuchung angeordnet werden. Wenn es sich dann um Minderjährige handelt, werden sie in Obhut genommen.

Hinsichtlich der Frage nach der Betreuungsbehörde führt er aus, dass man sich hierüber schon Gedanken gemacht habe, aber noch zu keinem abschließenden Ergebnis gekommen sei. Er werde die heutige Anregung aber gerne mitnehmen.

**OR Scheuermann (CDU-OR-Fraktion)** fragt nach, ob man die Höhe der Grundsicherung von 892,00 Euro aufstocken könne, z. B. durch Wohngeld.

**Frau Sütterlin (Teamleitung Sozialamt)** erklärt, dass der Betrag in Höhe von 892,00 Euro einen von der Deutschen Rentenversicherung errechneter Durchschnittsbetrag darstelle. Die tatsächliche Höhe der Grundsicherung werde für jeden Fall einzeln errechnet; dies abhängig von der Regelleistung. Diese sei vom Gesetzgeber festgelegt. Hinzu komme die Miete, die aufgrund der hohen Mietpreise in Karlsruhe einiges ausmache. Hierdurch werde der Bedarf errechnet. Von diesem Bedarf wiederum werde das Einkommen abgezogen. Das Ergebnis hiervon sei die Grundsicherung.

Wohngeld sei eine Transferleistung. Es könne entweder Wohngeld oder Grundsicherung beantragt werden. Das Team „Sozialamt“ als Sozialhilfeträger ist aufgefordert, auszurechnen, über welche Leistung der Klient mehr Geld bekommt, da die höhere Leistung maßgebend sei. Somit komme es zu keinen parallelen Gewährungen von Leistungen.

**OR Özçay (B'90/Die Grünen-OR-Fraktion)** fragt zum Thema "Pflegehilfe" nach.

**Frau Sütterlin (Teamleitung Sozialamt)** erläutert, dass man hier zwischen stationärer Hilfe und ambulanter Hilfe unterscheiden müsse. Vorab finde ein Beratungsgespräch statt. Im Fall von stationärer Hilfe sei die Heimberatungsstelle im Rathaus West zuständig. Diese sei mit allen Heimen der Umgebung in Kontakt und sei auch darauf bedacht, dass Durlacher Bürger/innen - je nach Kapazitäten - in Durlacher Einrichtungen untergebracht werden. Das Sozialamt errechne, ob eine sozialhilferechtliche Bedürftigkeit bestehe, oder nicht.

Im ambulanten Bereich gebe es eine spezielle Berechnung. Hier könne gleich überprüft werden, ob eine Leistung gewährt werden kann, oder nicht.

Sie führt weiter aus, dass zum 01.01.2017 ein neues Pflegestärkungsgesetz vom Gesetzgeber herausgegeben wurde, welches vieles im luftleeren Raum gelassen habe. Das Sozialamt prüfe die Fälle und helfe, wenn Not am Mann sei.

**4. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 5. April 2017**

**Protokoll zu**

**TOP 1:       Jährlicher Bericht über die Abteilung Jugend und Soziales  
              - Vorlage -**

**Blatt 7**

---

**OR Özçay (B'90/Die Grünen-OR-Fraktion)** möchte wissen, wie viele Adoptionen es im Jahr 2016 gab.

**Frau Fritscher (Teamleitung Adoption und Kindertageseinrichtungen)** führt aus, dass man hier zwischen Volladoption (Eltern, die ein fremdes Kind in die Familie aufnehmen) und Stiefvateradoption unterscheiden müsse.

Stiefvateradoptionen gab es im Jahr 2016 zwei Stück. Vergleichsweise gab es früher pro Monat eine. Volladoptionen gebe es aktuell 3 Stück; hier sei der Abschluss in diesem Jahr zu erwarten.

Die Tendenz der Adoptionen geht zurück.

**OR Özçay (B'90/Die Grünen-OR-Fraktion)** spricht die Jugendstrafarbeit an; gibt es in Durlach Sozialstunden?

**Herr Laue (Abteilungsleiter Jugend und Soziales, Stadtamt Durlach)** erklärt, dass es in Durlach die Jugendgerichtshilfe gebe, die aus zwei Mitarbeitern besteht. Es komme ab und an vor, dass Jugendliche Sozialstunden leisten müssten; allerdings gebe es andere und deutlich bessere Programme, die von den Richtern eingesetzt würden.

**OR Pötzsche (B'90/Die Grünen-OR-Fraktion)** spricht die Anzahl der Hortplätze im Weiherhof-Hort an. Laut dem vorliegenden Abteilungsbericht gibt es eine Warteliste mit 48 Plätzen und eine Warteliste, die bis in das Jahr 2019 anhalten werde.

Bestand dieser Zustand schon immer oder woher komme dies?

**Frau Fritscher (Teamleitung Adoption und Kindertageseinrichtungen)** antwortet, dass dies daher komme, dass der Hort im Weiherhof zwar die Schloss-Schule bediene, allerdings auch andere Kinder dort hin gehen können. Da es keine Ganztageschule gab, war es schon immer so, dass die Eltern einen Hortplatz gesucht haben. Der Zulauf sei auch speziell aufgrund der hohen Qualität des Hortes im Weiherhof schon immer so hoch gewesen. Nun haben die Eltern die Wahlmöglichkeit zwischen ganztags oder halbtags und können diese Wahl auch nach einem Jahr wieder neu überdenken. Aus der Verunsicherung der Eltern heraus – bekommen sie einen Platz in der Ganztages- oder in der Halbtageschule – reservieren sie die Plätze im Hort.

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** bedankt sich bei Herrn Laue und den Teamleitungen. Sie bittet darum, diesen Dank an alle Kolleginnen und Kollegen der Abteilung Jugend und Soziales weiterzugeben.

#### 4. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 5. April 2017

##### Protokoll zu

##### TOP 2:       **Jährlicher Bericht zum Pfinzgaumuseum**                   **- Mündlicher Bericht -**

Blatt 1

---

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** ruft **TOP 2** auf und begrüßt Frau Dr. Kaiser vom Kulturamt, die einen mündlichen Jahresbericht über das Pfinzgaumuseum geben wird.

**Frau Dr. Kaiser (Kulturamt)** bedankt sich, den Bericht des Pfinzgaumuseum vorstellen zu dürfen. Die Besucherzahlen des Pfinzgaumuseums betragen im letzten Jahr 12.702, mit dem Karpatenmuseum waren 13.610 Besucher. Von diesen Zahlen waren 8.000 Besucher in der Dauerausstellung. Die Dauerausstellung wurde 1994 eingerichtet und mit ihren 27 Jahren nicht mehr auf dem neuesten Stand und von daher in der Besucherzahl verhältnismäßig niedrig. Im Jahr 2015 war die Gesamtbesucherzahl ungefähr gleich.

Das Pfinzgaumuseum habe mittwochs, samstags und sonntags geöffnet. Die Öffnungszeiten mittwochs können durch eine interne Umschichtung des Personals glücklicherweise weiterhin gewährleistet werden. Dies gebe auch Schulklassen und Kindergartengruppen die Möglichkeit eines Besuchs.

In 2016 gab es zwei Sonderausstellungen. „Genug gejubelt – Pleiten, Pech und Glücksfälle der Stadtgeschichte“ aus dem Jubiläumsjahr 2015 bis April 2016. Ab Juli 2016 gab es die Ausstellung „Durlacher Familiengeschichten – Leben und Arbeit 1750 bis 1950“. Hier wurden 12 Durlacher Familien ins Zentrum gestellt. Diese Ausstellung wurde von ihrem Kollegen Ferdinand Leikamp begleitet.

Die Ausstellung „Achtung Zugdurchfahrt“ werde jedes Jahr durchgeführt. Dies sei eine Ausstellung für Kinder, die dann Eisenbahnen fahren dürften. Diese Ausstellung sei immer sehr erfolgreich.

Am 14.02.2016 fand das Museumsfest in Kooperation mit dem Freundeskreis statt. Hier war in 2016 der Puppenspieler Stefan Blinn dabei. Außerdem fand im September das Kinderfest statt und zu erwähnen sei die jährliche Beteiligung an der Kamuna.

Das Pfinzgaumuseum habe im Jahr 2016 eine neue Alarmanlage installiert bekommen, die sich aktuell noch in der Testphase befinde. Außerdem gab es eine neue Brandschutztüre und ein neues Schließsystem.

Der historische Dachspeicher durfte aus Brandschutzgründen nicht mehr geöffnet werden. Aktuell sei aber von Herrn Dueck (Abteilung HGW) die Zusage gekommen, diesen für Gruppenführungen wieder öffnen zu dürfen. Hierüber sei man sehr glücklich, da dieser einen großen Ausstellungsteil der Dauerausstellung darstelle.

Zur personellen Situation führte sie aus, dass Ferdinand Leikamp bis August 2016 ihre Elternzeit-Vertretung übernommen hatte. Seit September 2016 sei sie selbst wieder die

**4. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 5. April 2017**

**Protokoll zu**

**TOP 2:       Jährlicher Bericht zum Pfinzgaumuseum  
- Mündlicher Bericht -**

**Blatt 2**

---

Museumsleiterin. Herr Leikamp habe eine Stelle im Westmünsterland angetreten, was alle sehr bedauern.

Ausblick: 23. April 2017 Museumsfest mit Eröffnung der nächsten Ausstellung „Karlsruher Heimaten“ im Rahmen der Heimattage, die in diesem Jahr in Karlsruhe stattfinden. Dies sei seine Doppelausstellung zusammen mit dem Stadtmuseum. Es gebe aber im Pfinzgaumuseum einen eigenen Schwerpunkt mit den Karlsruher Stadtteilen und ihren Identitäten. Hier werde natürlich Durlach wie immer ganz prominent vorkommen.

Außerdem werde es ein Ausstellungsprojekt mit der Kita „Villa“ und der Pestalozzischule geben unter dem Motto „Mein erster Schultag“. Dieses Projekt solle dann auch beim Kindertag geöffnet werden, da dies immer das Einschulungswochenende sei.

Sie richtet ihren herzlichen Dank an das Stadtamt für die gute Kooperation und die gute Zusammenarbeit und bedankt sich bei dem Gremium für die Unterstützung.

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** gibt diesen Dank zurück und betont, dass es eine ganz enge und tolle Kooperation. Man sehe auch das Engagement von Frau Dr. Kaiser für das Museum und dies gefalle natürlich.

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

#### 4. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 5. April 2017

##### Protokoll zu

##### TOP 3: Vorstellung der Ergebnisse Planungswettbewerb Schloss-Schule - Vorlage -

Blatt 1

---

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** ruft **TOP 3** auf und begrüßt Frau Sick von der HGW, die – auf Beschluss des Ältestenrates – den Siegerentwurf des Planungswettbewerbs Schloss-Schule präsentieren wird.

**Frau Sick (HWG)** freut sich, das Ergebnis des Planungswettbewerbs – beschränkt auf den Siegerentwurf – vorstellen zu dürfen. Dies sieht sie für sinnvoll an, da die Fraktionen im Wettbewerbsverfahren beteiligt waren. Schloss-Schule, Grundstück und Bestandsgebäude sowie aktuelle bauliche Situation ist allen bekannt und wird anhand einer Power-Point-Präsentation nochmals bildlich dargestellt. Das Gebäude steht unter Denkmalschutz. Der Prinzessinnenbau sei der älteste Bauteil des Schlosses, auf den bei der Denkmalpflege ein besonderer Fokus, dass dieser bei der Neubebauung nicht noch zusätzlich verbaut und eingebaut wird. Teil der gestellten Aufgabe war, dass die Pavillons abgerissen werden sollen. Aufgabenstellung war: Erweiterung der Grundschule, Verlagerung des Mensabereiches, energetische und gestalterische Modernisierung der Fassade des Hauptgebäudes sowie die Herstellung der Barrierefreiheit und des Brandschutzes im Hauptbau. Die gesamte Baumaßnahme werde in zwei Abschnitten durchgeführt werden; zuerst die Erweiterung und dann der Umzug aus dem Hauptgebäude und die Sanierung des Hauptgebäudes. Das Modell des Siegerentwurfs wurde von der Jury aus städtebaulicher Sicht gelobt, da man hier eine maximale Sicht auf das Schlossgebäude habe. Im Erdgeschoss werden Mensa-Bereich und Foyer eine Raumeinheit bilden und lassen zum Schulhof eine Außenbespielung zu. In den oberen Geschossen werden die Lern- und Klassenräume angesiedelt, alles sehr funktional, wie es sich die Auslober vorgestellt haben. Mit den Flächen wurde sparsam umgegangen, so dass man davon ausgehen könne, dass eine wirtschaftliche Umsetzung möglich sein wird.

Im Modell seien die Fassaden als Metallfassaden dargestellt. Dies sei ein Detail, das in der weiteren Bearbeitung sehr genau betrachtet werden müsse, wie es sich im Verhältnis zum Schlossgebäude darstelle. Eine Putzfassade käme der Fassade des Schlosses zu nahe, deshalb müsse man im Verlauf des Baus dieses Detail genauer beobachten. Etwasige Änderungen würden selbstverständlich vorgestellt werden.

##### **Stv. Ortschaftsrat Martin Pötzsche übernimmt kurzfristig den Vorsitz.**

**Der Vorsitzende (OR Martin Pötzsche)** bedankt sich bei Frau Sick für ihre Ausführung. Es gibt folgende Fragen:

**OR Wenzel (Freie Wähler-OR-Fraktion)** möchte wissen, ob in die Planung die Möglichkeit eingezogen wurde alte Gebäude des Schlosses, die Dienerbauten, in die Planung einzubeziehen und zum Ursprünglichen zurückzugehen. Dies werde in viele Städten so praktiziert und war wohl auch Diskussionsgegenstand während der Planungsphase.

**4. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 5. April 2017****Protokoll zu****TOP 3: Vorstellung der Ergebnisse Planungswettbewerb Schloss-Schule  
- Vorlage -****Blatt 2**

---

**Frau Sick (HWG)** erklärt, dass die vermeintlich historische Bebauung – wie sie auch in der Presse veröffentlicht war – nicht der Schlossanlage entspricht. Das Schloss war auf einen Graben gebaut, dies basiere auf einer Planung aus dem 19. Jahrhundert. Aus Denkmalsicht wäre dies sicherlich nicht die richtige Bebauung gewesen. Vorausgesetzt, dies wäre historisch gewesen, hätte man trotzdem kaum die Figur und Materialität aus dieser Zeit gewählt, da die Anforderungen an ein modernes Schulgebäude völlig andere seien als die Anforderungen an Gebäude aus der Entstehungszeit. Weder aus Sicht der Denkmalpflege noch aus fachlicher Sicht wäre diese Möglichkeit eine adäquate Antwort gewesen. Schon alleine die Anforderungen an Fenster, Lüftung, Licht, Sonnen- und Wärmeschutz, die es heute gebe, müssten dann trickreich in einer historisierenden Fassade versteckt werden. Dies sei nicht der Ansatz, der aus fachlicher Sicht heute als richtig angesehen werde.

**OR Özçay (B'90/Die Grünen-OR-Fraktion)** fragt nach, wann der Baubeginn sei.

**Frau Sick (HWG)** antwortet, dass die kostenkontrollierte Planung für den Doppelhaushalt 2019/2020 gemacht werde, d. h. 2019 werde die Planung fortgesetzt und 2020 könne mit dem Bau begonnen werden.

**OR Malisius (FDP-OR-Fraktion)** führt aus, dass die Stadtverwaltung Karlsruhe erkannt habe, dass der Neubau der Schlossschule Durlach ein ganz wichtiger Bestandteil des gesamten Ensembles Durlach sei. Es werde auch anerkannt, dass viel Geld ausgegeben wurde, 17 Architekturbüros beauftragt wurden.

Aber einen Punkt wurde von der Karlsruher Stadtverwaltung vernachlässigt: Die Durlacher seien nie gefragt worden, was da passieren solle. Man konnte als Vertreter der Partei zwar als sogenannte „Sachkundige“ bei der Abstimmung dabei sein, hatte jedoch kein Stimmrecht. Stimmrechte haben Auswärtige gehabt. Nun wurde man auch nur informiert und es sei überhaupt keine Mitsprachemöglichkeit gegeben worden.

Der Trend ginge dahin, dass man die alten Fassaden erhalte. Hier führt er als Beispiele das Karlsruher und Rüppurrer Schloss auf. Das Architekturforum für Rekonstruktion und neue klassische Architektur von Stadtbild Deutschland e. V. habe hier die Gestaltung übernommen und die Erhaltung der alten Fassaden ermöglicht.

Der Historische Verein wird am 20. April 2017 eine Versammlung machen, in der die Pläne von diesem Regionalverband vorgestellt werden, da man bisher keine Möglichkeit hatte, sich zu äußern. Er hoffe, dass das Stadtplanungsamt zu diesem Termin dazukommt, um die Meinungen zu hören und zu diskutieren. Es sehe so aus, als sei alles entschieden, aber noch sei nichts abgerissen – noch könne man vielleicht manches ändern.

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) übernimmt wieder den Vorsitz.**

#### 4. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 5. April 2017

##### Protokoll zu

##### TOP 3: Vorstellung der Ergebnisse Planungswettbewerb Schloss-Schule - Vorlage -

Blatt 3

---

**Frau Sick (HGW)** fasst die Ausführungen von Herrn OR Malisius als Statement auf, das man so stehen lassen könne.

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** pflichtet ihr bei. Zu der Aussage „nicht gefragt werden“ merkt sie an, dass Hochbau- und Gebäudewirtschaft das Stadtamt Durlach früh und sehr intensiv in den Prozess mit eingebunden habe. Man war den ganzen Tag mit der Jury zusammen und alle, die dabei waren, werden bestätigen können, dass man nicht behandelt wurde, als hätte man kein Stimmrecht, sondern man hätte alles einbringen können. Solch eine intensive Befassung auch mit Vertretern des Ortschaftsrates sei man nicht gewohnt und dies sei eher ein Vorbild für die Einbindung des Gremiums gewesen, als dass man hier Kritik äußern sollte.

**OR Wenzel (Freie Wähler-OR-Fraktion)** fragt ergänzend nach, warum die Bevölkerung nicht mitgenommen wurde; dies sei auch immer wieder in Leserbriefen deutlich geworden. Gibt es hierfür einen Grund, evtl. weil das Bauverfahren eine städtische Angelegenheit ist?

**Frau Sick (HGW)** erklärt, dass das Eine die Informationstransparenz in die Bevölkerung ist, die sich dann zufällig zusammensetzt je nach Zeit und Lust, sich an solchen Sachen beteiligt. Das Andere sei das Verfahren der Beteiligung der gewählten Vertreter dieser Bevölkerung. Solche Diskussionsforen seien eine tolle Sache (auch die geplante Versammlung des Historischen Vereins am 20.04.2017), aber es sei nie messbar, ob das nun z. B. 5 Personen sind, die sich dafür interessieren oder, ob es die Meinung der Bevölkerung sei. Deshalb sind für die Verwaltung die gewählten Vertreter wichtig, mit denen man in eine Diskussion gehen könne, was denn nun die angemessene Antwort auf die gestellte Bauantwort sei. Hier bedankt sie sich bei Ortsvorsteherin Ries für das Lob über die gute Zusammenarbeit.

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** gibt den Hinweis, dass die Entwürfe aller teilnehmenden Architekturbüros im Alten Schlachthof ausgestellt waren. Hierzu gab es eine Pressemitteilung und Veröffentlichungen in den Medien, so dass jede/r, der/die sich interessiert hätte und dem Ortschaftsrat eine Information hätte mitgeben wollen, hierzu die Möglichkeit gehabt hätte.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, bedankt sich die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) bei Frau Sick für ihre Ausführungen.

**4. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 5. April 2017**

**Protokoll zu**

**TOP 4: Eisvogel**

Antrag der B'90/Die Grünen-OR-Fraktion, eingegangen am 13.02.2017

**Blatt 1**

---

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** ruft **TOP 4** auf.

**OR Ralf Köster (B'90/Die Grünen-OR-Fraktion)** erklärt, dass es hierzu erst einmal keine weiteren Fragen gebe, aber eine umfangreiche Stellungnahme seiner Fraktion zu der Verwaltungsantwort. Man habe nicht beantragt, dass ein umfangreiches Gutachten wie für die Teichralle erstellt werde. Nun stelle man fest, dass durchaus das Habitat Pfinz unter Beobachtung stehe; auch die Wahrnehmung von dem Eisvogel-Spezialisten durchaus geteilt werde, dass der Eisvogel an der Pfinz durchaus immer wieder unterwegs sei, aber immer noch kein Brutgebiet dort sei. Damit sei dies erst einmal erledigt und man werde auch weiter beobachten.

**4. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 5. April 2017**

**Protokoll zu**

**TOP 5: Rutsicherheit Babyschwimmbecken**

Antrag der FDP-OR-Fraktion, eingegangen am 17.02.2017

**Blatt 1**

---

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** ruft **TOP 5** auf.

**OR Dr. Fink-Sontag (FDP-OR-Fraktion)** erklärt, dass ihre Partei die Antwort zur Kenntnis nimmt und sich dafür bedankt. In dieser Antwort werde dargelegt, wie sorgfältig und verantwortungsbewusst vorgegangen werde. Sie habe zwischenzeitlich noch einmal mit Herrn Sternagel (BB) gesprochen. Es stehe auch in der Antwort, dass nicht ohne Grund in der Haus- und Bäderordnung darauf verwiesen werde, dass das Rennen und Laufen im nassbehafteten Bodenbereich untersagt sei. Dies könne man natürlich im Babyschwimmbecken nicht durchsetzen. Sie hatte Herrn Sternagel (BB) vorgeschlagen, eine Plastiklebefolie anzubringen, die man auch wieder wegmachen könne. Diesen Vorschlag habe Herr Sternagel (BB) als nicht praktikabel abgelehnt. Er habe jedoch darauf hingewiesen, dass es im Europabad und im Rheinhafenbad rutschfeste Schuhchen zu kaufen gebe. Sie sei so mit Herrn Sternagel (BB) verlieben, dass er nun auch im Turmbergbad in Durlach versuchen werde, solche Schuhe anzubieten und auch eine Information hierüber geben werde.

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** begrüßt dies als eine gute Lösung und bedankt sich.

**4. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 5. April 2017**

**Protokoll zu**

**TOP 6: Leerstehende Gewerbeimmobilien für Vereine**

Antrag der SPD-OR-Fraktion, eingegangen am 02.03.2017

**Blatt 1**

---

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** ruft **TOP 6** auf.

**OR Pfalzgraf (SPD-OR-Fraktion)** erklärt, dass seine Partei mit der Stellungnahme einverstanden sei. Die Begründung des Antrags war das Wissen, dass zwei Immobilien leer stehen. In Gesprächen hatte sich für ihn herausgestellt, dass es Vereine gibt, die keine Ahnung davon hatten. Nun wurde mitgeteilt, dass es sowohl von Seiten des Kulturamtes als auch von Seiten der Wirtschaftsförderung eine Datenbank gibt. Der Wunsch seiner Partei sei, dass man hier permanent an der Datenbankpflege bleibe und für einen entsprechenden Informationsfluss in die Vereine sorgt; evtl. können hier auch noch junge Menschen mit einbezogen werden.

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** bedankt sich und ergänzt, dass Räumlichkeiten in Durlach immer ein Thema für Vereine seien. Die Vereine sprechen auch immer wieder im Stadtamt Durlach vor und man werde es entsprechend kommunizieren.

#### 4. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 5. April 2017

##### Protokoll zu

##### TOP 7: Verkehrsberuhigung Pfinztalstraße

Anfrage der CDU-OR-Fraktion, eingegangen am 13.02.2017

Blatt 1

---

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** ruft **TOP 7** auf.

**OR Griener (CDU-OR-Fraktion)** fragt nach, warum hier nichts gemacht werde. Jeder mache konkrete Vorschläge und wolle etwas machen, aber man komme keinen Schritt weiter. Er wisse nicht, was man noch machen könne – gewolltes Ziel von allen sei doch, dass keine Autos mehr durchfahren. Dies werde aber immer wieder abgewiegelt.

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** Eine Information wolle sie noch geben: In einer früheren Sitzung wurde auf die Poller in Baden-Baden hingewiesen, trotz derer dort Busse fahren würden. Sie habe den direkt zuständigen Ansprechpartner hierfür ausfindig gemacht und heute vor der Sitzung noch versucht, diesen zu erreichen. Er stehe zur Verfügung, um Erfahrungswerte zu bekommen, wie diese Poller wirken – aber auch über den Ausfall, Ausfallhäufigkeit, Unterhalt etc. Hierüber werde er auch gerne im Planungsausschuss berichten.

**OR Pfalzgraf (SPD-OR-Fraktion)** pflichtet im Namen seiner Fraktion den Ausführungen von OR Griener voll und ganz bei. Bei dieser Fragestellung gehe es um ein generelles Problem: Man könne machen, was man wolle, die Verwaltung versuche in ihren Antworten immer Erklärungen zu geben, warum etwas nicht gehe – anstatt sich zu bemühen, warum etwas vielleicht gehen könnte. Diese Argumentation fehle grundsätzlich bei allen Themen.

**OR Pötzsche (B'90/Die Grünen-OR-Fraktion)** unterstützt mit seiner Zusatzfrage die Frage von OR Griener und OR Pfalzgraf: Denkt die Verwaltung, dass im Ortschaftsrat nur Idioten sitzen? Oder ob ganz Durlach aus Idioten besteht? Unterhält man sich mit Menschen in Durlach, entstehe ein ganz anderes Ergebnis wie die mitgeteilten Zahlen, die zu irgendwelchen komischen Zeiten ermittelt würden – mit der Realität aber überhaupt nichts zu tun haben. Deshalb die Frage, wann die Verwaltung sich kreativ an dieser Anfrage mit dem Ortschaftsrat und dem Gremium beteiligen werde.

**OR Dr. Wagner (B'90 Die Grünen)** führt aus, dass man über dieses Problem seit Jahren hin und her diskutiere und nun erhalte man wieder eine einseitige Antwort der Verwaltung. Er möchte gerne wissen, ob die Verwaltung glaube, dass die Datengrundlage, die nun wieder vorgelegt werde – nämlich eine statistische Auswertung einer Beobachtung einmal drei Stunden morgens und einmal eineinhalb Stunden nachmittags – als ausreichend angesehen wird. Aus Sicht seiner Partei sei dies nicht ausreichend und bedürfe einer richtigen Auswertung.

**4. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 5. April 2017**

**Protokoll zu**

**TOP 7: Verkehrsberuhigung Pfinztalstraße**

Anfrage der CDU-OR-Fraktion, eingegangen am 13.02.2017

**Blatt 2**

---

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** antwortet, dass es ihrer Meinung nach hier vor allem einer kreativen planerischen Herangehensweise bedürfe. Dann würden sich auch die Daten und das subjektive Empfinden ändern, weil es dann zu mehr Verkehrsberuhigung komme. Es scheint ihr, dass die planerische Lösung für dieses Problem einfach noch nicht da sei. Sie nehme jedoch aus dem Gremium ziemlich einhellig mit, dass man weiterhin an dem Thema und einer Lösung zur Verkehrsberuhigung der Pfinztalstraße und Fußgängerzone festhalte und diese einfordere.

**OR Wenzel (Freie Wähler-OR-Fraktion)** geht auf die Antwort von Herrn Dr. Weiße (OA) ein, in der stehe, dass 100 Fahrzeuge keine Einfahrerlaubnis hatten. Es stelle sich die Frage, was mit diesen 100 Fahrzeugen gemacht wurde.

**OR Dr. Rausch (SPD-OR-Fraktion)** erklärt, dass seine Erwartung – dass die städtischen Ämter einen Meinungsumschwung in sich selbst herbeiführen – nicht erfüllt wurde. Wenn man der Meinung sei, dass etwas passieren müsse, müsse das Gremium von sich aus aktiv werden. Der erste Schritt wäre, die Fachleute aus Baden-Baden in eine Ortschaftsratsitzung einzuladen. Außerdem, gegebenenfalls selbst ein Planungs- oder Ingenieurbüro zu beauftragen, nach einer Lösung zu suchen. Sollte sich dieser Vorschlag als umsetzbar und bezahlbar herausstellen, müsse man einen Antrag stellen – die Initiative käme dann eben vom Ortschaftsrat Durlach. Man könne nicht warten, bis irgendwo vom Stadtgebiet – außerhalb der Gemarkungsgrenze Durlach – aus dem Rathaus jemals eine Idee kommt, da man zum wiederholten Male gehört habe, dass von dort keine Idee kommen werde. Deswegen könne man im Rahmen der Möglichkeiten des Ortschaftsrates zumindest eine Entscheidung vorbereiten und dies dann in die Wege leiten.

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** zitiert „Ich sage jetzt nichts und handle so“.

**OR Henkel (CDU-OR-Fraktion)** wisse, dass bereits alles gesagt sei, möchte jedoch die Kolleginnen und Kollegen daran erinnern, dass die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) bereits den ersten Lösungsvorschlag – nämlich den Kontakt mit den Zuständigen in Baden-Baden – geliefert habe.

**4. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 5. April 2017**

**Protokoll zu**

**TOP 8: Turmbergbahn**

Anfrage der Freie-Wähler-OR-Fraktion, eingegangen am 28.02.2017

**Blatt 1**

---

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** ruft **TOP 8** auf.

**OR Wenzel (Freie Wähler-OR-Fraktion)** möchte wissen, wann und in welchem Rahmen, bei welcher Gelegenheit die Studie vorgestellt werde? Geschrieben wurde – bedingt durch diverse technische Klärungen – im ersten Halbjahr.

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** sagt zu, dass man das mit den Verkehrsbetrieben klären werde. Die Anfrage, dass diese Studie im Ortschaftsrat vorgestellt wird, kam von diesem Gremium. Aber sicherlich wäre darüber hinaus noch einmal über das Format nachzudenken, z. B. mit einer gesonderten Veranstaltung.

**4. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 5. April 2017**

**Protokoll zu**

**TOP 9:        Mitteilungen des Stadtamtes**

**Blatt 1**

---

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** ruft **TOP 9** auf.

Das Stadtamt Durlach habe heute nichts mitzuteilen.

**4. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 5. April 2017****Protokoll zu****TOP 10: Mündliche Anfragen****Blatt 1**

---

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** ruft **TOP 10** auf.

**OR Malisius (FDP-OR-Fraktion)** spricht das Parken im Weiherhof an. Hier hatte man schon mehrmals beantragt, dass man dort entweder parken könne, oder eben nicht. Wenn man dort nicht parken könne, müssten Poller oder eine Schranke angebracht werden. Auch die B'90/Die Grünen-OR-Fraktion hatten später einen ähnlichen Antrag gestellt. Ihm sei berichtet worden, dass die beiden Durlacher Politessen die Aufgabe habe, jeden Tag in den Weiherhof zu gehen, um Strafzettel auszuteilen. Dies sei ein Un- ding, denn die Autos, die dort parken stören niemanden, solange es keine Schranke oder Poller gebe. Selbst die beiden Parkplätze für die Angestellten des Hallenbades soll es nicht mehr geben – diese haben sich auch beklagt. Dies sei für ihn unverständlich.

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** erklärt, dass es diese Anweisung an die Politessen nicht gebe. Es gebe einen sehr ausgeklügelten Einsatzplan und das Einsatzgebiet Durlach und Aue sei groß. Die Politessen seien an unterschiedlichsten Stellen im gesamten Stadtgebiet unterwegs. Sie selbst habe allerdings den Eindruck, sie seien immer nur dort, wo jemand einen Strafzettel wegen Falschparken bekommt – aber, sie werden auch direkt in die Gegenden geschickt, wo aus dem Ortschaftsrat oder aus der Bürgerschaft direkte Problemfälle gemeldet werden. Dass sich die Politessen immer nur an einer Stelle aufhalten, dies stimme nicht.

**OR Ralf Köster (B'90 Die Grünen-OR-Fraktion)** möchte zu den Ausführungen von OR Malisius eine Stellungnahme abgeben. Er findet es nicht in Ordnung, dass die Ortschaftsratsitzung zur Slapstick-Nummer degradiert werde. In einem vorhergehenden Tagesordnungspunkt beschwert sich der gesamte Ortschaftsrat, dass in Sachen Verkehrsberuhigung Pfinztalstraße nicht durchgegriffen werde und ein paar Minuten später kommt genau dieselbe Situation Fußgängerzone Weiherhof – dort handelt es sich ebenfalls um eine Fußgängerzone – werde von einzelnen Ortschaftsräten verlangt, dass nicht mehr kontrolliert werde. Dies passe überhaupt nicht ins Bild, was solle das Ordnungsamt überhaupt noch machen?

Seine eigentliche Frage aber beziehe sich auf die Anfrage bzgl. Fahrplanänderung im Dezember 2016 und, warum wieder eine Fahrt von Wolfartsweier in die Stadt gestrichen wurde? Hier liegt die Antwort zwar schon vor, dass dies nicht stimme. Seine Partei werde dies anhand des alten Fahrplans noch einmal prüfen.

**OR Jörg Köster (SPD-OR-Fraktion)** fragt bzgl. des Eckgebäudes an der Pfinztal/Amthausstraße nach, in dem früher eine Eisdielen war. Er möchte wissen, ob man endgültig wisse, was im Erdgeschoss reinkomme? Der Besitzer habe sein Vorhaben wohl schon einige Male geändert und OR Köster wurde schon mehrfach angesprochen. Er fragt nach, ob der Besitzer hier alleine entscheiden könne, was in die Räume komme oder, ob der Ortschaftsrat hier irgendeinen Einfluss nehmen könne. Außerdem möchte er gerne wissen, ob man bereits endgültig wisse, was in diese Räumlichkeiten komme.

4. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 5. April 2017

Protokoll zu

TOP 10: Mündliche Anfragen

Blatt 2

---

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** führt aus, dass sie selbst keine Informationen habe, es sich allerdings um ein Haus im privaten Eigentum handle und das die Beschlusskompetenz des Ortschaftsrates gegen null gehe.

**OR Jörg Köster (SPD-OR-Fraktion)** ergänzt, dass es darum gehe, dass die Fenster oben einsehbar sind.

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** antwortet, dass der Ortschaftsrat keinen Einfluss habe, wenn sich der Inhaber im Rahmen des gesetzlichen bewege.

**OR Pötzsche (B'90/Die Grünen-OR-Fraktion)** gibt eine Anregung seiner Fraktion. Nach der letzten Wahl wurde seine Fraktion auf die Friedrich-Realschule angesprochen mit der Bitte, dass man vor der nächsten Wahl einen öffentlichen Hinweis gebe, dass die hinteren Räume in der Friedrich-Realschule barrierefrei zugänglich sind. Welches Amt sei hier denn zuständig?

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** findet dies eine sehr gute Idee und sagt zu, das Wahlamt entsprechend zu informieren.

**OR Dr. Wagner (B'90/Die Grünen-OR-Fraktion)** ergänzt, ob man nicht sogar Menschen mit Handicap aus anderen Wahlbezirken auf diese barrierefrei zugänglichen Wahlräume verweist – sofern es keine anderen geeigneten Wahlräumlichkeiten in den einzelnen Wahlbezirken gibt.

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** ist der Meinung, dass sich Menschen mit Handicap vorher melden müssen. Man habe auch mit der Karlsburg beispielsweise barrierefreie Wahllokale. Allerdings melde sich nicht jeder bzgl. barrierefreier Wahllokale.

**Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, schließt sie die öffentliche Sitzung um 18:25 Uhr. Sie bittet die Damen und Herren Ortschaftsräte – obwohl es keine Tagesordnung für eine nicht-öffentliche Sitzung gibt – für eine kurze Information im Raum zu bleiben. Die anwesenden Bürgerinnen und Bürger sowie die Vertreter/innen von der Presse bittet sie, den Raum zu verlassen.**

**4. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 5. April 2017****Protokoll zu****Kurze Informationen – nicht-öffentlich****Blatt 1**

---

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** gibt bekannt, dass in der gestrigen Sitzung des Hauptausschusses über den 3. Juni 2017 informiert wurde. Noch sei es so, dass die komplette Kommunikation in den Händen des Versammlungsleiters und der Versammlungsbehörde liegt. Versammlungsleiter wird Herr Erster Bürgermeister Jäger sein. Herr Oberbürgermeister Dr. Mentrup werde dies nicht selbst tun, was sehr schlau sei, da er dann politisch freier im Agieren in Sachen Gegenmaßnahmen sei. Es werde drei oder vier Wege der Kommunikation geben: Die hauptsächliche Kommunikation, welche Wege zu gehen sind etc., werde über Herrn Ersten Bürgermeister Jäger erfolgen. Herr Oberbürgermeister Dr. Mentrup werde den politischen Part übernehmen. Das Presse- und Informationsamt werde über Pressemitteilungen agieren und soweit es Durlacher Belange betrifft, könne sie selbst dies übernehmen. Es werde ein sehr abgestimmtes Verhalten geben müssen. Man befinde sich in dem rechtlichen Bereich des Versammlungs- und Demonstrationsrechts und man möchte hier keine Fehler machen, die dann die Rechten in eine bessere Position bringen.

Grundsätzlich möchte sie erläutern, dass eine Demonstration nach dem Versammlungsrecht keiner Genehmigung durch die Stadt (weder durch Karlsruhe, noch durch Durlach) bedürfe. Es genüge vielmehr eine Anmeldung 48 Stunden vor einem ersten öffentlichen Aufruf. Die Versammlungsbehörde könne dann Auflagen oder sogar ein Verbot erlassen, wenn die öffentliche Sicherheit und Ordnung unmittelbar gefährdet sei. Die Wahl des Veranstaltungsortes treffe auch nicht die Stadt, sondern die Anmeldenden. Soweit zu der immer wieder gestellten Frage, warum man nicht einfach ein Verbot ausspreche.

Zum jetzigen Zeitpunkt liegen keine Anhaltspunkte der Polizei vor, die ein Verbot der durch die Rechte angemeldeten Demonstration am 3. Juni 2017 rechtfertigen würden. Hier liege die Betonung auf „zum jetzigen Zeitpunkt“, da sich das noch ändern könne. Was auch schon in der Presse stand, geht man – nach Erkenntnissen von ähnlichen Veranstaltungen in Dortmund – von 900 Teilnehmenden in Durlach aus. Es bestehen allerdings Bedenken gegen die angemeldete Strecke in Durlach, weshalb die Versammlungsbehörde und die Polizei im Gespräch mit den Anmeldern sei.

Mit den Anmeldern der Gegendemonstration sei man natürlich auch in Gesprächen.

In der nicht-öffentlichen Sitzung könne sie sagen, dass der ursprünglich gewählte Weg, der mitten durch die Durlacher Altstadt geführt hätte, abgelehnt wurde. Ihrer letzten Information nach wurde diese Ablehnung auch von den Anmeldenden (den Rechten) akzeptiert und eine Alternativroute akzeptiert. Diese sei zwar auch nicht so weit weg, aber zumindest nicht im Kern von Durlach. Alles Nähere hierzu werde die Stadt natürlich mitteilen.

**4. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 5. April 2017**

**Protokoll zu**

**Kurze Informationen – nicht-öffentlich**

**Blatt 2**

---

OR Pötzsche war mit ihr zusammen im DGB-Haus, wo sich viele Aktivisten gegen diese Rechten versammelt hatten – es sei sehr viel Aktivität gegen diese Aktion in der Stadt geplant, um gegen den „Rechten-Mob“ vorzugehen. Es werden Aktionen von Jugendlichen etc. sein und viele Akteure werden an diesem Tag aktiv sein.

Das Stadtamt selbst hat sich zusammen mit dem Stadtjugendausschuss den Turmberg als Idee gedacht. Auf dem Turmberg ein Zeichen zu setzen, das weit aus Karlsruhe sichtbar ist, aber auch auf der A8 und, was die Rechten sofort sehen, wenn sie in die Stadt kommen – das wäre ein Zeichen, welche Haltung man hier in Durlach habe. Sie findet das Thema „Haltung“ gerade hier sehr wichtig.

Sie habe schon vereinzelt E-Mails und Anfragen bekommen, man sollte in Durlach eine Bürgerversammlung machen. Hiervon raten die Kollegen in Karlsruhe ab. Man wollte zur Information andere Formate nutzen. Hier müsse man abwarten, was als das richtige Format erachtet wird und sich als Ortschaftsrat nicht zu sehr alleine aus dem Fenster lehnen, sondern bei diesem schwierigen Thema im Gleichschritt mit der gesamten Stadt Karlsruhe dies angehen.

Für die Mai-Sitzung schlägt sie eine gemeinsame Resolution des Durlacher Ortschaftsrates vor. Dies habe man in der Vergangenheit auch immer getan. Ein Beispiel von vor einigen Jahren liegt den Damen und Herren Ortschaftsrates als Tischvorlage vor. Ihr Vorschlag wäre, dass das Stadtamt einen Entwurf erstellt und gerne von den einzelnen Fraktionen Input kommen kann.

Dieser Vorschlag findet einstimmig Zustimmung.

**OR Dr. Fink-Sontag (FDP-OR-Fraktion)** möchte einen Erfahrungsbericht aus Freiburg geben. Eine große Demonstration der Rechten war angesagt. Die Bevölkerung war unterwegs – auch ihre betagte Mutter – um die Stadt zu „verstopfen“. Die Polizei hatte gesagt, dass keine Waffen mitgeführt werden dürfen. Da Springerstiefel Waffeln sind, mussten die Demonstranten ihre Springerstiefel ausziehen und standen in Socken da und sind nicht in die Freiburger Innenstadt gekommen. Dies war eine sehr gute Idee – man könne durchaus kreativ sein und noch andere gute Ideen sammeln.

**OR Pfalzgraf (SPD-OR-Fraktion)** hält es für sehr schwierig, Diskussionen zu führen und Vorschläge zu machen. Die rechtliche Situation ist bekanntermaßen sehr schwierig. Bezüglich des Beispiels Freiburg sei es immer eine Entscheidung des Verwaltungsgerichts, wenn jemand klagt. Er hält die vorgeschlagene Vorgehensweise der Vorsitzenden für absolut richtig, sich über eine Resolution in Zusammenarbeit mit der Stadt Karlsruhe

**4. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 5. April 2017****Protokoll zu****Kurze Informationen – nicht-öffentlich****Blatt 3**

---

zu positionieren. Alles andere sei Spekulation und man wolle letztendlich nicht so weit kommen, dass mit Vorschlägen aus dem Ortschaftsrat Durlach das Verwaltungsgericht beschäftigt werden muss. Die Grenze sei sehr knapp, dies musste der Oberbürgermeister 2013 selbst erleben – soweit sollte man nicht kommen.

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** stimmt OR Pfalzgraf zu. Irgendwann werde man Diskussionen, welche Möglichkeiten es gibt, schon führen – aber dazu sei es nun zu früh. Man sollte abwarten, was die Versammlungsbehörde mache und dann werde es sicherlich aus Durlach heraus vieles an Aktivitäten geben. Hierfür werde es auch vom Stadtamt Durlach jede Unterstützung geben.

Als weiteres Thema spricht sie den Neubau Volksbank an. Hier hatte sie mit OR-Kollege Pötzsche gesprochen, es ging um öffentliche Stellplätze. Es gab wohl eine Antwort, die Frist sei abgelaufen. Sie möchte klarstellen: Es ist schwer zu glauben, aber die Stadt habe damals aus der Sanierung heraus einen Vertrag gemacht und sich dinglich sichern lassen, dass es dort diese 23 öffentlichen Stellplätze gibt. Dies erst einmal unbefristet. Weil die Stadt selbst Sanierungsmittel die ersten 25 Jahre an das Land zurückbezahlen muss, wenn man gegen diese Bedingungen spricht, in den Vertrag schreiben lassen, dass wenn diese öffentlichen Parkplätze in den ersten 25 Jahren beseitigt werden, es dann eine bestimmte Zahlung gebe. Diese 25 Jahre sind ausgelaufen, in denen Sanierungsmittel hätten zurückbezahlt werden müssen. Theoretisch – weil diese dingliche Sicherung weiterläuft – könnte sich die Stadt auch heute noch auf den Standpunkt stellen, diese 23 Stellplätze nicht aus dem Sanierungsrecht, sondern aus dem Vertragsrecht heraus zu wollen. Dies würde allerdings komisch wirken, denn erst darf man sie nicht beseitigen, wenn man sie aber beseitigt, muss man Geld bezahlen. Und wenn die 25 Jahre herum sind, dürfe man sie beseitigen, aber Geld müsse man nicht bezahlen. Jetzt habe das Stadtplanungsamt den Vorschlag, eine Art „Quasi-Ablösung“ – vergleichbar mit der baurechtlichen Ablösung – zu tätigen. Die hälftige Nutzung wäre vorbei, wenn man von einer Abschreibung von 50 Jahren für eine Tiefgarage ausgehe. Dann wären noch 12 Plätze (die Hälfte). Diese würde man über eine „Quasi-Ablösung“ – aber nicht wirklich eine baurechtliche Ablösung, die gibt es im Wohnbau nicht – mit ca. 8.000,00 Euro bis 10.000,00 Euro pro Stellplatz berechnen, damit die anderen aus ihrer vertraglichen (nicht mehr sanierungsrechtlichen) Verpflichtung herauskommen.

Wenn es hier ganz große Bedenken gäbe, müsse dies in der heutigen Sitzung gesagt werden – denn morgen findet der Planungsausschuss statt.

**OR Dr. Rausch (SPD-OR-Fraktion)** führt aus, dass man sich in diesem Zusammenhang überlegen müsse, dass das Konzept in sich stimmig sei. Wenn man aber nun auf die Idee käme, dass man einen öffentlichen Parkraum benötige, dann müsse man hier eine andere Lösung finden. Dies sei die politische Entscheidung. Man müsse pro Wohnraum einen Stellplatz nachweisen und wenn man dies nicht könne, könne das ganze geplante

**4. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 5. April 2017**

**Protokoll zu**

**Kurze Informationen – nicht-öffentlich**

**Blatt 4**

---

Projekt nicht durchgeführt werden. Dies wolle man aber nicht. Allerdings müssen irgendwo öffentliche Parkplätze sein, da diese gebraucht werden.

Dies könnte man als vertragliche Regelung führen, dass sie für Garagen zum Beispiel bezahlen müssen. Allerdings sieht er den Stellplatz bei der Volksbank bei den Volksbank-Kunden; genauso in Zukunft die Parkplätze an den Wohnungen bei den dort wohnenden Menschen. Er sehe dies aktuell nicht als besonders dringlich an.

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** führt aus, dass man auch überlegt habe, wo man noch Parkplätze mieten könne, aber diese gebe in diesem Areal nicht. Man könne es zuspitzen und sagen, man nimmt entweder das Geld oder man lässt sie nicht bauen.

**OR Ralf Köster (B'90/Die Grünen-OR-Fraktion)** erklärt, dass viel mehr Autos parken, als markierte Plätze vorhanden seien. Dies sei illegal. Umgekehrt könnte man 10 bis 12 Plätze mehr markieren und diese dann umwandeln.

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** fragt nach, ob von den Damen und Herren Ortschaftsräten noch jemand so große Bedenken habe, dass das Stadtamt in der morgigen Sitzung den Finger heben müsse und sagen, keinesfalls eine „Quasi-Ablösung“. Wenn es keine Einwände gebe, würde das Stadtamt Durlach seinen Finger nicht heben.

Es gibt keine Einwände.

**OR Kehrle (CDU-OR-Fraktion)** möchte wissen, wohin die 80.000,00 Euro Ablöse gehen.

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** antwortet, an die Stadt Karlsruhe.

**OR Malisius (FDP-OR-Fraktion)** plädiert für zusätzliche Parkplätze, die dringend benötigt werden. Dort gebe es viele Parkplätze für Stadtmobil. Mit der Ablöse sei niemandem geholfen, er möchte, dass mehr Parkplätze gebaut werden.

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** antwortet, dass dies eben nicht gehe.

**OR Pfalzgraf (SPD-OR-Fraktion)** betont, dass die Vorsitzende gerade erklärt habe, wie schwierig die Situation sei. Man könne deshalb nicht noch unnötige Hürden aufbauen. Er würde deshalb dem Vorschlag von OR Ralf Köster zustimmen, dass man im Planungsausschuss als Anregung einbringt, in der Seboldstraße nachzuprüfen, wie viele weitere Flächen dort möglich wären. Dies wäre eine gute vertretbare Zwischenlösung. Wenn

**4. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 5. April 2017**

**Protokoll zu**

**Kurze Informationen – nicht-öffentlich**

dies funktioniere sei es gut – wenn nicht, sei es eben auch gut, nachdem man die heutigen Ausführungen gehört habe.

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** fasst zusammen, dass man so vorgehen könne, OR Malisius es aber gerne anders hätte. Dies könne man so feststellen.

Weiter gibt sie bekannt, dass man heute wahnsinniges Glück gehabt habe: Der umgestürzte Baum in der Badner Straße waren Tonnen von Holz, die auf die B3 gestürzt sind. Eine Buche war auf die B3 umgefallen und hat diese den ganzen Tag gesperrt. Die Kollegen von der Baumpflege, Gartenbauamt Karlsruhe, hatten die B3 bis 15:30 Uhr wieder freigeräumt. Es kam glücklicherweise niemand zu Schaden – dies war ein Wunder. Herr Wintermeyer (Gartenbauamt Stadtamt Durlach) habe sie vorhin noch informiert, welchen Umfang dieser riesige Baum hatte, Tonnen. Wenn zu diesem Zeitpunkt ein Bus durchgefahren wäre – es wären alle tot gewesen.

Es gibt die zentrale Baumkontrolle der Stadt und die Kollegen waren regelmäßig vor Ort, weil es sich um einen so großen Baum handelt. Dieser Baum hatte tief im Wurzelbereich einen Schaden durch einen Brandwurzelpilz, der von außen bei der Kontrolle nicht zu sehen ist.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt die Vorsitzende die Sitzung um 18:45 Uhr.

**Die Vorsitzende:**

**Die Urkundsbeamten:**

.....  
**Alexandra Ries**  
**Ortsvorsteherin**

.....  
**OR Scheuermann**  
**(CDU-OR-Fraktion)**

**Die Protokollführerin:**

.....  
**OR Dr. Wagner**  
**(B'90/Die Grünen-OR-Fraktion)**

.....  
**Anja Bormeth, StADu**